

«Man ist einen halben Tag futsch»

SICHERHEIT Immer mehr Leute rüsten sich mit Pfeffersprays aus. Doch deren Umgang will geübt sein, damit man sich nicht selber schädigt.



«Vor allem nach dem Vergewaltigungsfall in Emmen haben wir viele Pfeffersprays verkauft. Der Absatz variiert generell je nach aktuellen Ereignissen», sagt Peter Boller (Bild), von Boller

Waffen in Sempach. Pfeffersprays sind laut Auskunft der Luzerner Polizei ab 18 Jahren freikäuflich und dürfen ohne Bewilligung mitgeführt werden. Allerdings darf er nur gegen Menschen angewendet werden, wenn man selber bedroht wird. Aber Achtung: «Es kann auch eine Anzeige wegen Tötlichkeit oder Körperverletzung geben, wenn man ihn ohne Not einsetzt», schränkt die Polizei ein.

«Die Handhabung ist keine Kunst. Man muss die Situation aber gut überblicken», sagt Peter Boller, «und wenn möglich vorher den Umgang üben. Am besten mit Wasser, sonst wirds teuer.» Unbedingt beachten muss man laut Boller, dass der Spray ein noch aktuelles Ablaufdatum hat. Vorsicht ist zudem bei Reisen ins Ausland geboten: In einigen Ländern sind Pfeffersprays verboten. Wer sich einen Spray anschaffen möchte, sollte sich wegen der grossen Auswahl beraten lassen. Die Wirkung des Pfefferkonzentrats ist nicht zu unterschätzen, wie Peter Boller erzählt: «Vor Jahren setzte ein Securitas einen ein und sagte mir nachher, dass er schon ziemlich erschrocken über die schnelle Wirkung gewesen sei.» Wer mit dem Reizstoff in Berührung kommt, sollte sich unbedingt gründlich mit Wasser abwaschen. «Man ist danach schon einen halben Tag futsch», stellt Peter Boller fest. **RS**

Neuer Partner für Betreibungsamt

SCHLIERBACH Die Gemeinde Schlierbach schliesst sich per 1. September an das Betreibungsamt Region Sursee an. Neuer Betreibungsbeamter wird Raphael Lang. Mit der Neuausrichtung erfolgt auch eine Zusammenlegung der Betreibungskreise. Der Regierungsrat hat der entsprechenden Vereinigung zugestimmt. Der bisherige Amtsinhaber Philipp Küng trat infolge Pension von seinem Amt zurück. **RED**

SP und FDP fassten ihre Parolen

ABSTIMMUNGEN Die FDP hat an ihrer DV in Meggen mit 154 Ja- zu 4 Nein-Stimmen deutlich die Änderung des Bundesgesetzes über den Nachrichtendienst zur Annahme empfohlen. Die SP hingegen hat an ihrer DV Stimmfreigabe beschlossen. Auch bei den anderen zwei nationalen und einer kantonalen Vorlage stimmten die Delegierten beider Parteien diametral entgegen ab. Mit 147 zu 4, 151 zu 5 und 140 zu 10 Stimmen lehnten die FDP-Delegierten die Volksinitiative «Grüne Wirtschaft», die Volksinitiative «AHVplus» sowie die kantonale SP-Steuerinitiative wuchtig ab. «Die Initiative hätte fatale Folgen für die Unternehmen im Kanton Luzern», meinte Gaudenz Zemp. Die Grosswangerin Priska Lorenz von der SP hingegen sagte: «Die Steuerstrategie ist immer noch kein Erfolg.» Einstimmig votierten die 32 anwesenden SP-Delegierten für die Initiativen «grüne Wirtschaft» und «AHVplus». **RED**

«Ein Reputationschaden droht»

FDP-ABSTIMMUNGSPODIUM SP-STEUERINITIATIVE STÖSST BEI DER FDP WIE ERWARTET AUF TAUBE OHREN

Am FDP-Abstimmungspodium in Schenkon zerschellte am Montagabend die SP-Steuerinitiative erwartungsgemäss am liberalen Gedankengut.

«Müssen Unternehmen bluten, um das Loch in der Kantonskasse zu stopfen?», warf Gerhard Bürkli einleitend die Frage in den Raum, um die Stimmung für das Pro und Contra zur SP-Steuerinitiative anzuheizen. Er selbst trat als neuer Präsident der FDP Wahlkreis Sursee zur Feuertaupe an und bestand diese dank seiner charmant-pointierten Moderation mit Bestnoten. **Nationalrat Albert Vitali, immer noch in Erinnerungen an das Eidgenössische Schwingfest vom Wochenende schwelgend, weibelte für die eidgenössische Unternehmenssteuerreform III, welche die Schweiz international konkurrenzfähig halte, den Wirtschaftsstandort Schweiz stärke und dem Verlust von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen vorbeuge.**

«Fair, moderat, notwendig»

SP-Kantonsrat Marcel Budmiger wagte sich in die «Höhle des Löwen» und trug die Vorzüge der SP-Initiative «Ja zu fairen Unternehmenssteuern statt Zwangsferien» vor. Zehn Millionen Franken würde es prognostiziert ins Kantonskässeli spülen, wenn man den Gewinnsteuersatz für Unternehmen je Einheit von 1,5 % auf 2,25 %



FDP-Kantonsrat Georg Dubach (links) duellierte sich mit SP-Mann Marcel Budmiger. FDP-Wahlkreis-Präsident Gerhard Bürkli moderierte in Schenkon. **FOTO ZVG**

anheben würde. «Fair, moderat und notwendig», so sei die Initiative – und beuge vor, dass man das Loch in der Kasse weiter praktisch nur auf dem Buckel der Bürger austrage. «Da haben Sie das Messer aber tief ins liberale Fleisch gestossen», meinte Moderator Gerhard Bürkli martialisch – und leitete zum Contra-Referat von FDP-Kantonsrat Georg Dubach aus Triengen über, der doch als «Wundenheiler» walten möge. Und dieser schoss

mit Gegen-Argumenten aus vollen Rohren. «Die Gewinnsteuererhöhung wäre ein gewaltiger Reputationschaden für den Kanton Luzern. Die Holdings namhafter Unternehmen würden ihre Sitze verlagern. Die Initiative löst keine Probleme, sie schafft welche», war sich Georg Dubach sicher. Zehn Millionen Franken würden nirgendwohin reichen, um das jährliche strukturelle Defizit von 170 Millionen Franken im Kanton auszugleichen.

Unternehmen sollen zudem nicht in erster Linie als Steuerzahler angesehen werden, sondern als Beschaffer von Arbeitsplätzen. Planungssicherheit sei gerade für KMU wichtig, weshalb er dringlichst dazu riet, die SP-Steuerinitiative haushoch abzulehnen.

«Projekte besser durchleuchten»

Bei der anschliessenden Podiumsdiskussion gab es zahlreiche Voten aus dem Publikum. Was die SP denke, was die Unternehmer wohl mit ihren Gewinnen machen? Ob diese mit Sponsoring und Gewinnbeteiligung nicht auch direkt den Bürgern zugute kommen, wollte ein Büroer Unternehmer von Marcel Budmiger wissen. Schnell ging es am Abstimmungspodium nicht mehr nur um die SP-Initiative, sondern vielmehr um die Frage, wie die Löcher im Kanton generell gestopft werden sollen. Das genaue Durchleuchten von «tausenden Projekten in der Verwaltung», forderte einer. Auf Bundesebene ein Bonus- und Malus-System bei NFA-Geldern, damit «sich prächtig entwickelnde Kantone wie Luzern» nicht durch weniger Zahlungen bestraft würden, ein anderer. Die SP-Initiative hatte bei den Liberalen wie erwartet einen bleischweren Stand. Aufgrund der alliierten Ablehnung der FDP, der SVP, der CVP und der Grünliberalen könnte dies auch am Abstimmungssonntag vom 25. September der Fall sein. **MANUEL ARNOLD**

Was sind die Folgen von 0,75 mehr?

KANTONALE ABSTIMMUNG VOM 25. SEPTEMBER DIE SP-STEUERINITIATIVE SCHEIDET DIE GEISTER



PRO

Ein fairer Beitrag

Unternehmen tragen zum wirtschaftlichen Wohlstand des Kantons bei, verursachen aber auch Kosten für die öffentliche Hand. Angepasste öV-Angebote, Strassen oder auch die Aus- und Weiterbildungsangebote nutzen den Unternehmungen. Die Steuern sind ein Teilbeitrag für eine Gegenleistung. Der Kanton Luzern hat die tiefsten Unternehmenssteuern der Schweiz, dass es für Firmen rein steuertechnisch attraktiv ist, sich im Kanton Luzern anzusiedeln. Leider hat man den Bürgerinnen und Bürgern bei der letzten Abstimmung zur Senkung der Steuern verschwiegen, dass die Staatskasse dadurch derart gebeutelnd wird, dass öV-Angebote gestrichen werden müssen, dass durch den Stellenabbau zukünftig Bewilligungsverfahren länger dauern könnten, dass Ausbildungsangebote gestrichen oder verteuert werden. Somit schadet die aktuelle Finanzsituation auch den Unternehmungen. Die etablierten unter ihnen erhalten Konkurrenz, die nicht immer gewünscht ist, weil das Überangebot die Margen und damit auch die Gewinne bedroht und weil es unlautere Konkurrenten gibt, die nur auf eine Kostenoptimierung aus sind. Die steigende Wirtschaftskriminalität ist eine weitere negative Folge. Der Kanton bezahlt neu fünf zusätzliche Anwälte, um diese Fälle zu verfolgen.

Es ist höchste Zeit für eine finanzpolitische Korrektur. Nur rund die Hälfte der Unternehmen bezahlen überhaupt Steuern, weil sie ihre Gewinne sehr gut «steueroptimieren» können. Die Unternehmenssteuern wurden 2010 von 4 auf 3 Prozent gesenkt, um dann 2012 nochmals auf

1,5 Prozent halbiert zu werden. Zu grosse Schritte auf einmal. Bei Annahme der «Initiative für faire Unternehmenssteuern» würde der Steuersatz um 0,75 auf 2,25 Prozent erhöht.

Bereits 2015 wurden die Steuern für natürliche Personen angehoben, um das damalige Finanzloch zu stopfen, mit dem Versprechen, dass diese Massnahmen nur vorübergehend seien. Trotzdem hat die Staatskasse aktuell eine noch viel grössere Finanzierungslücke von über einer halben Milliarde Franken. Ein radikaler Leistungsabbau, eine höhere Verschuldung oder eine Steuererhöhung sind Lösungsansätze.

Der radikale Leistungsabbau würde vor allem dezentrale Angebote treffen und damit den ländlichen Raum schwächen. Auch die sozial schwächeren oder behinderten Menschen müssten noch mehr «bluten». Eine höhere Verschuldung überträgt die Kosten auf die nächste Generation.

Eine moderate Steuererhöhung ist somit die sinnvollste Variante. Es kann nicht sein, dass die natürlichen Personen schon zum zweiten Mal alleine für dieses Finanzloch mit höheren Steuern bezahlen müssen. Sonst ist es faktisch so, dass die Arbeitnehmer die Steuergeschenke für die Arbeitgeber querfinanzieren, was einfach nur unfair wäre. Unternehmen müssen ihre soziale Verantwortung sowohl gegenüber ihren Arbeitnehmenden als auch gegenüber dem Staat wahrnehmen.

Ein Ja zur «Initiative für faire Unternehmenssteuern» ist die logische Konsequenz. Aus privaten Gesprächen weiss ich, dass auch verantwortungsbewusste Unternehmerinnen und Unternehmer diese Steuererhöhung unterstützen.

YVONNE ZEMP, SP-KANTONSFRÄU, SURSEE



KONTRA

Weniger bringt mehr

Weil das Finanzloch des Kantons Luzern zurzeit während vier Jahren über 500 Mio. Franken beträgt, erscheint die SP-Initiative auf den ersten Blick sympathisch. Die Initianten rechtfertigen ein Ja zu fairen Unternehmenssteuern mit der Begründung, dass in den vergangenen Jahren Steuergeschenke an Reiche und Unternehmen gemacht worden seien. Gleichzeitig spare der Kanton bei der Bevölkerung, und die Unternehmen sollten sich wieder angemessener an den öffentlichen Kosten beteiligen.

Fakt ist, dass seit 2005 fünf Steuergesetzrevisionen durchgeführt worden sind. Dabei wurden die natürlichen Personen mit etwa 330 Millionen Franken und die juristischen Personen mit etwa 120 Millionen Franken entlastet.

Fakt ist zweitens, dass die Steuereinnahmen der juristischen Personen heute trotz Halbierung der Unternehmenssteuern mehr betragen als vorher.

Drittens ist festzuhalten: Der Kanton hat bei den Ausgaben nicht gespart. Insgesamt nahmen die Ausgaben in den vergangenen fünf Jahren um etwa zehn Prozent zu, ohne dass eine hohe Teuerung dafür verantwortlich wäre.

Im Jahre 1999 befand sich der Kanton Luzern am Ende der Steuerskala. Es musste etwas geschehen, um dem drohenden Finanzfiasko entgegenzuwirken. Die Steuerstrategie mit etappenweisen Senkungen für natürliche und juristische Personen war eine Antwort auf die Misere. Heute nimmt der Kanton Luzern bei der Unternehmenssteuerbelastung im nationalen Vergleich noch Platz 1 ein. Würde die Anhebung des Steu-

ersatzes um 50 Prozent angenommen und käme gleichzeitig die Unternehmenssteuerreform III zum Tragen, fiel der Kanton Luzern ins Mittelfeld zurück. Im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III werden die umliegenden Kantone nämlich ihre Steuersätze senken. Es ist naheliegend, dass die Gefahr einer Abwanderung besteht.

Weiter ist auch zu bedenken, dass im Kanton Luzern etwa 100 Firmen mehr als die Hälfte der gesamten Gewinnsteuern bezahlen. Ziehen davon nur zwei oder drei weg, hat dies bedenkliche Auswirkungen.

- Wenn Firmen wegziehen und Arbeitsplätze wegfallen, kommt es zu Steuerausfällen.
- Die verbleibenden Unternehmen müssen den Ausfall von Steuern kompensieren.
- Der Wirtschaftsraum Zentralschweiz verpasst den Anschluss.
- Die Planungssicherheit geht verloren.

Leider werden die Unternehmen heute vielfach für ihr Engagement nicht mehr honoriert. Sie tragen das Risiko, investieren und kurbeln das Wachstum an, schaffen Arbeitsplätze (manchmal auch für sozial Schwächere), halten Ausbildungsplätze für den Nachwuchs und engagieren sich an sozialen Projekten. Für vieles werden heute die Unternehmen ungerechtfertigt verantwortlich gemacht. Die Patrons identifizieren sich mit ihren Firmen und legen viel Herzblut an den Tag. Zählt ein Unternehmen weniger Steuern, wird der Franken investiert und alle profitieren davon. Weniger Steuern bringt mehr Innovation und mehr Erfolg für den Kanton Luzern – darum ein Nein zu «fairen Unternehmenssteuern».

ANGELA LÜTHOLD-SIDLER, SVP-KANTONSFRÄU, NOTTWIL